

21. Mai 2018

PRESSEMELDUNG 28/2018

## **Damoklesschwert über den Meeren**

**AfD-Politikerin bringt Thema in die Öffentlichkeit: Munitionsrückstände in Nord- und Ostsee als akute Gefahr für Mensch und Natur**

Munitionsrückstände in Nord- und Ostsee sind ein drängendes Problem, die „Kieler Nachrichten“ sprachen gar von einer „tickenden Zeitbombe“. „Die fortschreitende Durchrostung der Metallhülsen“ alter Sprengkörper bringen giftige und krebserregende Substanzen in den Meereskreislauf, auch sind Unfälle mit Spaziergängern und Fischern bekannt. Weiter heißt es in dem am 2. Mai veröffentlichten Artikel „Neue Gefahr durch rostende Hüllen“: „Seeminen, Luftbomben, Torpedo-Köpfe und Granaten – die Küstengewässer von Nord- und Ostsee sind voll von brisanten Relikten aus den Kriegen des 20. Jahrhunderts. Etwa 1,6 Millionen Tonnen intakte und korrodierende Munition liegen laut Umweltministerium dort am Meeresboden.“

Bevor die Problematik der korrodierenden Altmunition nun in den medialen Fokus rückte, nahm sich die AfD-Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein dieses Themas bereits in einer Kleinen Anfrage am 7. März an: [http://www.doris-von-sayn-wittgenstein.de/fileadmin/user\\_upload/kleine\\_anfragen/20180308 Kleine Anfrage Munition in Nord- und Ostsee.pdf](http://www.doris-von-sayn-wittgenstein.de/fileadmin/user_upload/kleine_anfragen/20180308_Kleine_Anfrage_Munition_in_Nord-_und_Ostsee.pdf)

Nach dieser Initiative und dem Aufgreifen der Öffentlichkeit kam die Thematik nun auch in der Linkspartei an, deren klima- und energiepolitischer Sprecher in der Bundestagsfraktion Lorenz Gösta Beutin ebenfalls eine parlamentarische Anfrage auf den Weg brachte (<https://www.lorenz-goesta-beutin.de/2018/05/18/bund-hat-keine-ahnung-von-bomben-im-meer/>). Zu einem Zeitpunkt jedoch, als dieses drängende Problem bereits hier in Schleswig-Holstein öffentlich und politisch breit diskutiert wurde.

Und so kann von Beutins Vorwurf, die Politik agiere „plan- und ahnungslos“, gar keine Rede sein. Denn ein Blick in den Fortschrittsbericht „Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Entwicklungen und Fortschritt“ der norddeutschen Landes-Umweltministerien genügt, um Zahlen und Fakten zu erhalten: im Jahr 2016 wurden 264 Munitionsfunde mit 1428 Kampfmitteln (z.B. Granaten) in den deutschen Gewässern der Nord- und Ostsee gemeldet, 2015 konnten 218 Funde mit 8098 Kampfmitteln registriert werden.

Dazu erläutert die AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein: „Das Problem wird in Schleswig-Holstein und den Anrainer-Bundesländern systematisch erforscht und in

verschiedenen Programmen bekämpft, einzig die Öffentlichkeitsarbeit läßt zu wünschen übrig. So heißt es in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage entgegen des Wissens um die akute Gefahr von Munitionsrückständen: ‚Demnach ist derzeit nicht erkennbar, dass eine großräumige Gefährdung der marinen Umwelt über den lokalen Bereich der munitionsbelasteten Flächen hinaus vorhanden oder zukünftig zu erwarten ist‘. Warum nur einige Wochen vor der medialen Kampagne um Munitionsrückstände aus Kriegszeiten sich das schleswig-holsteinische Umweltministerium in dieser relativierenden Form äußert, bleibt mir ein Rätsel. Fakt ist, zum Wohle der Gewässer und seiner Lebewesen, aber auch zum Schutz von Fischern, Schwimmern und Urlaubern muß die Altmunition in Nord- und Ostsee systematisch lokalisiert und bekämpft werden. Daran führt kein Weg vorbei!“